



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein SPD**

### **Gesundheit schützen – Belastung durch Ultrafeinstaub erforschen und minimieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert:

- eine unabhängige Untersuchung in Auftrag zu geben, die prüft, welche langfristigen Gesundheitsgefahren Ultrafeinstaub birgt, inwieweit diese Partikel natürlich vorkommen und welcher Anteil vom Mensch verursacht wird,
- zu untersuchen und dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen zur Eindämmung von Ultrafeinstaub notwendig und vielversprechend sind,
- unabhängige epidemiologische Forschungsprojekte zu unterstützen, die an Flughäfen entstehenden Ultrafeinstaub und ihre gesundheitlichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt untersuchen,
- ein Programm für Monitoring von Ultrafeinstaub in die Luftqualitätsrichtlinie aufzunehmen, durch welche die amtlichen Messnetze zur Bestimmung von Ultrafeinstaub verpflichtend werden und
- sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass nach ausreichenden Forschungsergebnissen belastbare Grenzwerte für Ultrafeinstaub eingeführt werden.

### **Begründung:**

Ultrafeinstaub bezeichnet kleinste Staubanteile der Luft, welche besonders tief in die menschliche Lunge eindringen können und von dort direkt in die menschliche Blutbahn gelangen. Die bisher bekannten gesundheitlichen Auswirkungen reichen von Schleimhautreizungen über Organschädigung bis zu Thrombosen sowie Herzrhythmusstörungen. Obwohl belastbare Untersuchungen zu langfristigen gesundheitlichen Schäden durch Ultrafeinstaub fehlen, konstatiert das Umweltbundesamt, dass in Deutschland im Zeitraum von 2007 bis 2015 im Mittel jährlich fast 50.000 vorzeitige Todesfälle auf die PM10-Exposition von Feinstaub im ländlichen und städtischen Raum zurückzuführen sind.

In besonders hoher Konzentration werden ultrafeine Partikel von Flugzeugtriebwerken emittiert. Flughäfen werden deshalb als „Hotspots“ für ultrafeine Partikel bezeichnet. Im Umland des Münchner Flughafens wird vom Freisinger Bürgerverein seit mehreren Jahren bundesweit modellhaft und unter Bedingungen, wie sie vom Helmholtz-Institut befürwortet werden, die Schadstoffbelastung durch Ultrafeinstäube gemessen. Die Messungen weisen stark erhöhte Werte auf. Solange es keine rechtlich bindenden Grenzwerte gibt, wird die Luftverkehrsindustrie die Emission von Ultrafeinstaub nicht reduzieren. Die Fehler, die beim Autoverkehr gemacht wurden, sollten hier nicht wiederholt werden.

Um die Ultrafeinstaubkonzentration zu reduzieren ist es auch dringend notwendig, alternative Verkehrskonzepte zu fördern. Der Schienenverkehr muss ausgebaut und modernisiert, Flüge soweit wie möglich auf die Bahn verlagert werden.

Durch eine Monitoringverpflichtung für Ultrafeinstaub würde sich zum einen die Datengrundlage wesentlich verbessern, zum anderen würde dadurch die Standardisierung der Messungen vorangetrieben. Die daraus resultierende erhöhte Datendichte soll es der Staatsregierung ermöglichen, sich nach entsprechender Prüfung auf Bundes- und EU-Ebene für belastbare Grenzwerte einzusetzen und für deren strikte Einhaltung zu sorgen.

Die Staatsregierung trägt ernstzunehmende Verantwortung zum Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaates. Wir betrachten umfassende und von der Wirtschaft unabhängige Forschung deshalb für dringend notwendig.